

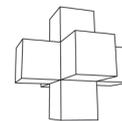
## **Sessionsvorschau**

# **E-Government ist für FDP sinnvoller Bürokratieabbau**

Der Bundesrat hat bereits im Januar 2007 eine nationale E-Government-Strategie verabschiedet und sich zum Ziel gesetzt, bis 2010 zum global wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschafts- und Sozialraum zu werden. «Was der Bund kann, kann der Kanton Schwyz schon lange», meint dazu der Arther FDP-Kantonsrat Kuno Kennel. Die FDP hat im Optimieren der Geschäftsprozesse zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung, basierend auf dem Einsatz von elektronischen Informations- und Kommunikationsmitteln seit Beginn an die Themenführerschaft (unter anderem mit zwei Vorstössen, der Erste bereits im Jahr 2001). Nach Meinung der FDP-Fraktion ist es aber wichtig, dass, um das Potenzial auszuschöpfen, die Dienstleistungen auf ihre Notwendigkeit sowie auf Vereinfachungen und Standardisierung überprüft werden. «Die Räder sollen nicht von jedem Kanton wieder neu erfunden werden». E-Government erleichtert die Beziehung zwischen Bürger, Staat und Wirtschaft erheblich und falls das Instrument richtig eingesetzt wird, kann es zu einem echten Standortvorteil werden. Aus diesem Grund wird sich die FDP-Fraktion an der Kantonsratssitzung vom Mittwoch vehement gegen eine Verschiebung des Gesetzes wehren. «Dies ist fahrlässig, rückwärtsgerichtet und vor allem auch wirtschafts- und gewerbefeindlich», sagt Kuno Kennel weiter. «Mit E-Government können wir Bürokratie ab- und neue Leistungen aufbauen. Es ist hier vor allem von Investitionen und nicht von Kosten zu sprechen.»

## **Eigentumsrecht hoch halten**

Das geltende kantonale Enteignungsgesetz aus dem Jahre 1870 darf mit ruhigem Gewissen als historisches Relikt bezeichnet werden. Auch wenn es 1974 zu einem Vollzugserlass und in der Folge zu marginalen Anpassungen der Gesetzesgrundlagen kam, so herrscht hier nach Ansicht der FDP-Fraktion effektiv Handlungsbedarf. Bereits 1990 hat der damalige Schwyzer LVP-Kantonsrat und spätere FDP-Ständerat Toni Dettling eine Motion für eine Totalrevision des Enteignungsgesetzes eingereicht, welche auch erheblich erklärt wurde. Dem geltenden Recht fehlen detaillierte Bestimmungen, insbesondere über die Enteignungsentschädigung, die materielle Enteignung, vorzeitige Besitzeseinweisung und Verfahrensvorschriften. Die Vorlage sieht vor, die bestehenden Lücken des Enteignungsrechts zu füllen und die fehlenden Verfahrensbestimmungen zu erlassen. Beim Erlass hat man sich weitgehend auf das Bundesgesetz über die Enteignung und die Praxis des Bundesgerichts abgestützt. FDP-



Kantonsrat Christoph Pfister aus Tuggen verweist aber auf einen urliberalen Grundsatz. «Die FDP-Fraktion als freiheitliche Partei will das Eigentumsrecht hoch halten. Deshalb werden wir uns zum Beispiel dafür einsetzen, dass die Möglichkeit der Enteignung zur Schaffung öffentlich zugänglicher See- und Flussufer ins Gesetz keinen Eingang findet.»

### **Kürzere Wartezeiten**

In einem Vorstoss forderte Kantonsrätin Petra Steimen aus Wollerau unlängst, dass Bauabnahmen innert sechs Monaten erledigt sein müssen. Dass Bauabnahmen nicht selten erst Jahre nach der gemeldeten Fertigstellung eines Bauobjektes erfolgen, ist vor allem für die Bauherrschaft unangenehm. Auch birgt dies erhebliche Probleme, wenn das Objekt zwischenzeitlich verkauft wurde. Dass dieser Missstand behoben werden muss, ist einleuchtend und sogar die Regierung unterstützt die Stossrichtung. So wird neu in der Vollzugsverordnung des Planungs- und Baugesetzes verankert, dass das Ergebnis der Bauabnahme in einem Protokoll festzuhalten ist und der Bauherrschaft innert sechs Monaten nach der gemeldeten Fertigstellung zugestellt wird. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

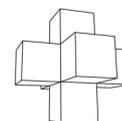
### **HarmoS muss vors Volk**

Die FDP-Fraktion wird sich nicht von der emotionsgeladenen HarmoS-Debatte irritieren lassen und fordert nach wie vor, dass das Bildungs-Konkordat nicht einfach am Volk vorbeigeschmuggelt wird, wie dies SVP und CVP anscheinend wollen. Als Folge des damaligen, klaren Volksentscheides über den Bildungsartikel haben die Schwyzer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nach Meinung der FDP-Fraktion das Recht, selber ein Urteil zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) zu fällen. Die FDP wird an der Session für Eintreten stimmen und anschliessend den Antrag stellen, dass der Entscheid des Kantonsrates dem Souverän zur Abstimmung vorgelegt wird.

### **Verständnis für Muotathal**

Nicht minder emotionell wird aktuell über den Muotathaler Horärank debattiert. Die FDP-Fraktion hat Verständnis für die Verärgerung von Seiten der Bürgerinnen und Bürger im Muotathal und Illgau. Die aktuelle Situation ist untragbar. Die in der Motion gestellte Forderung, dass innerhalb von zwei Jahren mit dem Bau des Tunnels zu beginnen ist, geht der FDP aber zu weit. Zuerst gilt es, die beiden zur Diskussion stehenden Varianten einander gegenüber zu stellen und deren Vor- und Nachteile abzuwägen. Da dies mit der vorliegenden Motion nicht mehr möglich ist, schießt die Forderung der Motionäre über das Ziel hinaus.

Text: Roger Bürgler



**Pressestelle FDP des Kantons Schwyz**

Roger Bürgler

Altes Rathaus

6442 Gersau

info@rogerbuergler.ch

Büro: 041 828 20 17

[www.fdp-sz.ch](http://www.fdp-sz.ch)